



Aktuelle Infos zur hessischen Bildungspolitik finden Sie unter

[www.wissenwollen.de](http://www.wissenwollen.de) oder [www.spd-fraktion-hessen.de](http://www.spd-fraktion-hessen.de)

Impressum

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
 Tel: 0611/350-519, Fax: 0611/350-511  
[www.spd-fraktion-hessen.de](http://www.spd-fraktion-hessen.de), [info@spd-fraktion-hessen.de](mailto:info@spd-fraktion-hessen.de)  
 Erscheinungsdatum: August 2009  
 Redaktion: Gert-Uwe Mende (V.i.S.d.P.), Pressestelle  
 Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit  
 Martin Rabanus, Referent für Bildung  
 Gestaltung: augenfällig, Wiesbaden  
 Titelbild: DIGITALstock



Skurrile Zahlenakrobatik für Ganztagschulen

Heike Habermann, Mdl

Die Ganztagschule in Hessen bleibt ein Jahrhundertwerk. Seit Jahren wird das Engagement der Schulen ausgebremst und der Bedarf an Ganztagschulplätzen ignoriert. Doch die Zahlenakrobatik der neuen Kultusministerin Dorothea Henzler nimmt jetzt endgültig skurrile Formen an.

Das Kultusministerium hat angekündigt, dass insgesamt 105 neue Lehrerstellen für Ganztagschulen zur Verfügung gestellt werden. Neue Ganztagschulangebote - in welcher Form auch immer - wird es jedoch lediglich an zehn hessischen Schulen geben. Des Rätsels Lösung: Zu Beginn

des Schuljahrs 2008/2009 erhielten alle Hessischen Gymnasien ohne Ganztagsangebot 60.000 Euro zur Linderung der Flurschäden von G8. In diesem Jahr werden sie damit offiziell in das Ganztagsprogramm des Landes aufgenommen.

„Stillstand bei Ganztagschulen“

Schon kann man diese Maßnahme als weiteren Meilenstein zum angestrebten Ziel verkaufen, bis 2015 könne jede Schule, die dies wünsche, ein Ganztagsprogramm entwickeln. Leider bleiben dann für 26 Schulträger nur noch 10 neue Angebote übrig - Förderung von mehr Bildungsqualität durch Ganztagschulen sieht wahrlich anders aus!



Kleinere Klassen erhalten Schulstandorte

Brigitte Hofmeyer, Mdl

Die SPD macht sich große Sorgen um den Erhalt von Schulstandorten. Unter der CDU wurden Richtwerte für Klassengrößen festgeschrieben, die zu Schließungen von Schulen und von vielen Bildungsgängen im ländlichen Raum geführt haben. „Das hat mit Fördern und Bildungsgerechtigkeit nichts mehr zu tun“, kritisiert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brigitte Hofmeyer. „Die SPD will bessere Bildung in kleineren Klassen. Dadurch können kleine Schulen erhalten werden, und wohnortnahe Bildung bleibt möglich.“

Die jetzige CDU/FDP-Landesregierung verhindert diese Ent-

wicklung, indem sie kleineren Schulen immer weniger Lehrerstunden zuweist und Grundschulstandorte gefährdet: Örtliche Schulleitungen wurden entmachtet, so dass flexible auf die Region zugeschnittene Regelungen nicht mehr möglich sind. Ganz aktuell kämpfen kleine Schulen auch deshalb um ihr Überleben, weil sie durch weniger zugewiesene Lehrerstunden die Qualität nicht mehr gewährleisten können. „Schulen, die jahrgangübergreifend lehren oder Kombiklassen führen, benötigen dringend zusätzliche Stunden. Dieses Kontingent wurde jedoch gekürzt, so dass die Unterrichtsqualität in Frage gestellt ist“, kritisiert Hofmeyer.

„Kleine Schulen stärken statt schließen“

entschieden sozial modern



SCHULINFO



der SPD-Landtagsfraktion Hessen zur aktuellen Bildungspolitik 2009

Das Schulinfo der SPD-Landtagsfraktion informiert Sie über den aktuellen Stand der bildungspolitischen Diskussion in Hessen.

## EDITORIAL

Die Bildungspolitik der neuen Landesregierung kommt mit alten, ausgelatschten schwarzen Schuhen daher. Nichts geändert hat sich bei der Blockade der Ganztagschulentwicklung. Weiterhin bleibt die Einführung des Bildungs- und Erziehungsplans und die Stärkung von Kindergarten und Grundschule eine inhaltsleere Floskel.

Die versprochene Begrenzung der Eingangsklassen der Grundschule geht zu Lasten der älteren Grundschüler, deren Klassen zusammengelegt werden und wieder mehr als 25 Kinder haben. Um die 105-prozentige Lehrerversorgung nachvollziehen zu können, sind besondere mathematische Fähigkeiten erforderlich. Schließlich garantiert die Kultusministerin zum kommenden Schuljahr mit den 1000 beschlossenen neuen Lehrerstellen erst einmal das Erreichen der 100 Prozent (bei Karin Wolff hieß das Unterrichtsgarantie). Und die vielbeschworene Selbstverantwortung der Schulen bleibt einmal mehr in vagen Ankündigungen stecken.

Das Einziehen von gelben Schnürsenkeln reicht offenbar nicht aus, um Bildungspolitik gemeinsam mit den Betroffenen und für die Schülerinnen und Schüler neu zu gestalten.



Heike Habermann,  
Bildungspolitische Sprecherin



## Gute Bildung für alle!

SPD Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Seit einem Schulhalbjahr amtieren die neue Landesregierung und auch eine neue Kultusministerin. Geändert freilich hat sich durch den Regierungswechsel an Hessens Schulen, aber auch an der hessischen Schulpolitik nichts. Hinzu kommt, dass der Start in den letzten Monaten gründlich verpatzt wurde.

Wir erinnern uns alle noch an das verpatzte Zentralabitur, eine Schulgesetznovelle, die bei den Experten durchfiel und die Gefahr der Klassenzusammenlegungen in der Grundschule, die nur durch den massiven Druck von Eltern und der Opposition im Landtag verhindert werden konnte.

Die SPD-Landtagsfraktion hat dem immer wieder politische Alternativen und Konzepte entgegengestellt. In den Beratungen zum Landeshaushalt 2009 haben wir unsere Schwerpunkte noch einmal hinterlegt:

Mehr Geld und Stellen für den Ausbau von Ganztagschulen! Mehr Geld und Stellen für die individuelle Förderung der Kinder! Und schließlich: Mehr Geld für das Lebensbegleitende Lernen!

Das waren die Anträge der SPD-Fraktion, die allesamt von der Regierungskoalition abgelehnt worden sind. So heißt es jetzt in Hessen: Weiter so, wie es in den letzten 10 Jahren gelaufen ist.

Mehr Geld und Stellen für die individuelle Förderung der Kinder! Und schließlich: Mehr Geld für das Lebensbegleitende Lernen!

Das waren die Anträge der SPD-Fraktion, die allesamt von der Regierungskoalition abgelehnt worden sind. So heißt es jetzt in Hessen: Weiter so, wie es in den letzten 10 Jahren gelaufen ist.

Die SPD-Fraktion im Landtag wird sich dennoch weiterhin für die Interessen der Schulen, die der Eltern und vor allem die Interessen unserer Kinder einsetzen. Denn sie sind unser Kapital und wir schulden es ihnen.



Ihr  
Thorsten-Schäfer-Gümbel, MdL,  
SPD Fraktionsvorsitzender



## UN-Konvention schreibt integratives Bildungssystem vor

Dr. Michael Reuter, MdL

Bei einem Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf stellt sich oft die Frage, ob das Kind im gemeinsamen Unterricht an seiner Schule bleiben darf oder ob es zu einer Förderschule wechseln muss. Immer mehr Eltern wollen, dass ihr Kind im gemeinsamen Unterricht beschult wird. Dies scheidet oft daran, dass den Schulen nicht die personellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund hatte die SPD-Landtagsfraktion in der letzten Wahlperiode 50 Stellen mehr für den gemeinsamen Unterricht gefordert. Dieser Antrag wurde aufgrund der Selbstauflösung des Landtags nicht mehr im Plenum behandelt. Nun haben die Eltern ein weiteres starkes Argument auf ihrer Seite: Seit Anfang dieses Jahres ist eine UN-Konvention auch in Hessen verbindlich, die u.a. vorschreibt, dass ein integratives Bildungssystem ohne Diskriminierung auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen ist.

**„Gemeinsam lernt es sich besser“**

Die SPD-Landtagsfraktion will, dass die Eltern entscheiden, ob ihr Kind eine allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule besucht. Deshalb müssen die personellen Ressourcen für einen gemeinsamen Unterricht angepasst werden. Wie erwartet haben CDU und FDP mit ihrer schwarz-gelben Mehrheit diesen Vorschlag im Kulturpolitischen Ausschuss abgelehnt. Nicht einmal eine UN-Vorgabe kann die neue Mehrheit in Hessen von einem solchen Irrweg abhalten. Das ist ein Skandal!

Die SPD-Fraktion will, dass möglichst viele Kinder möglichst früh in Einrichtungen bzw. qualifizierter Tagespflege kindgerecht gefördert werden.



## Zentralabitur gehört auf den Prüfstand

Lisa Gnadl, MdL

Die fehlerhaften Aufgaben beim Mathematikabitur haben im Frühjahr 2009 für Schlagzeilen gesorgt. Dabei war es nicht die erste Panne beim Zentralabitur, und es wird wohl auch nicht die letzte gewesen sein. Die wiederholten Fehler zeigen, dass es beim Zentralabitur strukturelle Probleme gibt.

Die SPD-Fraktion will daher nach den gesammelten Erfahrungen das Zentralabitur auf den Prüfstand stellen. „Wir wollen die Oberstufe aber insgesamt weiterentwickeln. Statt des G8-Stresses in der Mittelstufe wollen wir die Oberstufe so flexibel gestalten, dass sie in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen werden kann“, sagt Lisa Gnadl, SPD-Landtagsabgeordnete. Die SPD will ein System, das mehr Wahlfreiheiten ermöglicht und das individuelle Lerntempo jedes Schülers und jeder Schülerin besser berücksichtigt.

Über die Neuordnung der Oberstufe wird der Hessische Landtag im November 2009 diskutieren, da auf Antrag der SPD-Fraktion hierzu eine große Anhörung durchgeführt wird.

Über die Neuordnung der Oberstufe wird der Hessische Landtag im November 2009 diskutieren, da auf Antrag der SPD-Fraktion hierzu eine große Anhörung durchgeführt wird.

Über die Neuordnung der Oberstufe wird der Hessische Landtag im November 2009 diskutieren, da auf Antrag der SPD-Fraktion hierzu eine große Anhörung durchgeführt wird.



## Optimale Förderung für alle Kinder – von Anfang an

Gerhard Merz, MdL

Optimale Förderung für alle Kinder beginnt in Kindergarten und Grundschule. Kleine Gruppen bzw. Klassen und gute Personalausstattung sind die Voraussetzung für individuelle Förderung. Dadurch kann jedes Kind seinen Begabungen und Neigungen entsprechend gefördert und Bildungsbenachteiligungen abgebaut werden. Bildungsgerechtigkeit erweist sich so im Einzelfall.

Die SPD-Fraktion will, dass möglichst viele Kinder möglichst früh in Einrichtungen bzw. qualifizierter Tagespflege kindgerecht gefördert werden.

**„Wer früh fördert, gewinnt langfristig“**

Dazu müssen Kindertagesstätte und Grundschule enger zusammenarbeiten. In einer flexiblen Schuleingangsstufe kann jedes Kind gemäß seiner individuellen Entwicklung und seinem eigenen Tempo vernünftig lernen.

Wir haben uns als Ziel gesteckt, in der frühkindlichen Bildung den Anschluss an das europäische Niveau (15 Kinder pro Gruppe mit 2 Fachkräften) zu erreichen. Langfristig bedeutet das, Klassengrößen in Grundschulen abzusenken und Grundschulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten.

Wir haben uns als Ziel gesteckt, in der frühkindlichen Bildung den Anschluss an das europäische Niveau (15 Kinder pro Gruppe mit 2 Fachkräften) zu erreichen. Langfristig bedeutet das, Klassengrößen in Grundschulen abzusenken und Grundschulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten.